

V e r t e i l e r

an	DY	AJ	MAP				a/a
Datum	19.21						
Visa							
EDA		19.02.90				-0	
Ref. D. B. 50.13. RFA-RDA sd.							

reunification

- E D A :
- Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Politische Abteilung III
 - Politisches Sekretariat
 - Generalsekretariat
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Direktion für Völkerrecht
 - D V A
 - Schweiz. Botschaften :
 - Washington, Ottawa, London, Paris, Wien, Rom,
 - Moskau, Warschau, Berlin DDR, Prag, Budapest,
 - Sofia, Bukarest, Brüssel, Den Haag, Luxemburg,
 - Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsinki, Belgrad,
 - Dublin, Madrid, Lissabon, Athen, Ankara, Tokyo
 - Generalkonsulate :
 - Hamburg, Berlin, Düsseldorf, München, Frankfurt,
 - Stuttgart, Mailand, New York
 - Konsulat: Freiburg
 - Schweiz. Missionen:
 - UNO New York, OECD Paris, Brüssel EG, Genf
 - (internationale Organisationen), Genf (EFTA und Gatt)

- BAWI :
- Staatssekretär Blankart
 - Botschafter Corti, Arioli, de Pury
 - Dienst Freihandelsländer
 - Dienst Osteuropa
 - Integrationsbüro

- E F D : - Vizedirektor Kaesser

- E M D : - UNA

Der Schweizerische Botschafter

Bonn-Bad Godesberg,
den 15. Februar 1990

Herr Staatssekretär,

Es schien mir angezeigt, nach der zweiten Begegnung Kohl/Modrow und kurz vor den Wahlen in DDR eine Zwischenbilanz der innerdeutschen Entwicklung und der möglichen Optionen des Wiedervereinigungsprozesses zu ziehen.

Herausgekommen ist dabei eine von den verschiedenen Diensten dieser Botschaft redigierte Studie über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte. Sie ist auf eine Art und Weise angelegt, die eine kapitelweise Lektüre ermöglicht. Einige Abschnitte sind inzwischen aus Gründen der Aktualität in der Form Politischer Berichte und leicht abgeändert an das EDA gegangen.

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beurteilen, in welcher **Form** und in welchem **Zeitrahmen** sich die Wiedervereinigung vollziehen wird. Es liegt in der Natur der rasanten Entwicklung in Europa, dass morgen Realität ist, was heute noch abwegig erscheint. So haben denn auch die in dieser Arbeit formulierten, möglichen Optionen der Wiedervereinigung spekulativen Charakter; sie sollen zum Nachdenken anregen und mithelfen, unsere eigene Stellung in dem sich neu formierenden Europa zu definieren.

Ich versichere Sie, Herr Staatssekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.



Herrn Staatssekretär
Klaus Jacobi
E D A - Politische Direktion

3003 B e r n

Inhaltsverzeichnis

1. Politische Aspekte	Seite 1
1.1. Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl	Seite 1
1.2. Die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Parteien	Seite 5
1.3. Zusammenarbeit der Parteien in Ost und West	Seite 9
1.4. Die Wiedervereinigung und die Siegermächte	Seite 13
1.4.1. Die Rechtsgrundlagen der Viermächteverantwortlichkeit	Seite 13
1.4.2. Die Entwicklung seit November 1989	Seite 14
1.5. Die Wiedervereinigung und die Blockzugehörigkeit	Seite 16
1.6. Berlin	Seite 19
1.6.1. Der Besatzungsstatus	Seite 19
1.6.2. Berlin als Hauptstadt ?	Seite 23
1.7. Wiedererwachen des deutschen Nationalismus ?	Seite 26
1.8. Die Schweiz und ein wiedervereinigtes Deutschland	Seite 30
2. Wirtschaftliche Aspekte	Seite 32
2.1. Ausgangslage	Seite 32
2.2. Der Beitrag der Bundesrepublik zur Sanierung der DDR	Seite 33
2.3. Wirtschafts- und Währungsunion	Seite 35
2.4. Die DDR auf dem Weg zur EG-Mitgliedschaft	Seite 37
2.5. Belastung der Wirtschaft und des Sozialsystems der Bundesrepublik durch die Aus- und Uebersiedler	Seite 38
2.6. Die wirtschaftliche Potenz eines wiedervereinigten Deutschlands	Seite 41
2.7. Die Schweiz und ein wiedervereinigtes Deutschland	Seite 43
3. Energie und Umwelt	Seite 49
3.1. Ausgangslage in der DDR	Seite 49
3.2. Umweltsituation und Auswirkungen auf die Bundesrepublik	Seite 49
3.3. Möglichkeit einer Sanierung	Seite 50
3.4. Politik der Bundesregierung	Seite 52
3.5. Rückwirkungen auf die Umweltpolitik der Bundesregierung	Seite 53
4. Kultur	Seite 55

1. Politische Aspekte - 1 -

1.1 Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl

Bundeskanzler Kohl benützte die zweite Beratung des Haushaltgesetzes 1990 vom 28. November 1989 zu einer umfangreichen deutschlandpolitischen Erklärung, in deren Rahmen er ein Zehn-Punkte-Programm vorstellte, das den Weg zur deutschen Einheit aufzeigen sollte. Mit der Ankündigung dieses Plans zur Wiedervereinigung überrumpelte Kohl zehn Tage nach dem EG-Gipfel in Paris nicht nur seine europäischen und die NATO-Partner, die allesamt auf diesen Schritt nicht vorbereitet worden waren, sondern auch den Koalitionspartner in der Regierung und die Opposition. Letzteren blieb als unmittelbare Reaktion nur die Zustimmung zu diesem Programm. Lediglich die Grünen sprachen sich dagegen aus. Kohl hatte damit die Initiative in der Deutschlandpolitik an sich gerissen.

Das Programm listet Massnahmen und Kriterien, auf die kurz-, mittel- und langfristig ergriffen bzw. erfüllt werden müssen, um zum Endziel Wiedervereinigung zu gelangen. Die in Punkt 1 erwähnten Sofortmassnahmen, die namentlich durch die Fluchtbewegung erforderlich wurden, sind bereits völlig in die Tat umgesetzt. Dazu gehören z.B. die Abschaffung des Zwangsumtausches seitens der DDR, die Ueberführung der Mittel für das Begrüssungsgeld, das nicht mehr entrichtet wird, in einen gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln für DDR-Reisende in die BRD sowie die praktisch völlige Liberalisierung des Reiseverkehrs.

Der Punkt 2 formuliert den Willen zur und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Kultur. Ganz besonders unterstrich Kohl den Umweltschutz. Wie noch zu sehen sein wird, sollte sich dieser Bereich in den ersten Wochen dieses Jahres als ausserordentlich wichtig erweisen. Ebenso bedeutungsvoll erschien Kohl die Verbesserung der Verkehrswege.

Punkt 3 ordnet die Hilfe an die DDR in den unter Punkt 2 erwähnten Bereichen der Bedingung unter, dass der Wandel in der DDR unumkehrbar ist, d.h. dass die westdeutsche Unterstützung nicht der Wiederaufrichtung des moribunden sozialistischen Systems dienen darf. Als Kriterium zur Feststellung dieser Unumkehrbarkeit gilt die Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse, namentlich die Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen. Diese sollen am 18. März 1990 stattfinden. Dadurch wäre diese grundlegende Bedingung erfüllt, wie auch diejenige des Verzichts der SED auf ihr Machtmonopol.

Die Punkte 6 - 10 behandeln die europäische und internationale Einbettung und Absicherung des deutschen Einigungsprozesses. Diese quantitative Ueberbewertung der ausserdeutschen Dimension ist Ausdruck der vielfältigen rechtlichen und politischen Verflechtungen, in denen sich die BRD befindet: Vorbehaltsrechte der Siegermächte, NATO, EG, KSZE usw. Sie belegt das Bestreben der BRD zur Rücksichtnahme auf zu erwartende Vorbehalte der Partner Deutschlands gegenüber dem deutschen Einigungsprozess und den Wunsch nach einem konfliktfreien Uebergang. Eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands, wie sie der Plan des DDR-Ministerpräsidenten Modrow vorsieht ist kein Ziel dieses Prozesses und wurde von Kohl auch ausdrücklich als solches abgelehnt.

Die deutschlandpolitischen Kernpunkte des Programms sind die Punkte 4 und 5. Punkt 4 greift DDR-Ministerpräsident Modrows Idee einer Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten auf. Diese soll durch ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen namentlich in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik sowie Gesundheit und Kultur verwirklicht werden. Dass für Kohl dies bestenfalls eine Vorstufe zu einer engeren Verbindung darstellte, geht aus Punkt 5 hervor, gemäss welchem konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten entwickelt werden sollen, die in eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche

Ordnung in Deutschland münden sollen. Mit diesem Ziel vor Augen erachtete Kohl es als möglich und wohl auch als wünschbar "schon bald" nach freien Wahlen folgende Institutionen einzurichten:

- einen gemeinsamen Regierungsausschuss zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung
- gemeinsame Fachausschüsse
- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium
- "und manches andere mehr angesichts einer völlig neuen Entwicklung"

Was vor 2 1/2 Monaten noch nach einem politischen Quantensprung mit einem Schuss Illusion aussah ist heute als realistische politische Grundlage in Deutschland allgemein anerkannt. Der rasante Zerfall staatlicher Macht stellte die Staatsfähigkeit der DDR und dadurch die auf der Zweistaatlichkeit beruhende Idee der Vertragsgemeinschaft in Frage. Da überdies die aus den Wahlen vom 18. März hervorgehende Regierung zweifellos den Wiedervereinigungskurs weitersteuern wird, kann die Vertragsgemeinschaft als Vorstufe zu einem engeren Zusammenschluss als definitiv übersprungen betrachtet werden. Dies steht kaum im Widerspruch zu Kohls Programm, das diese Zwischenstufe ohnehin nicht besonders betonte und die Urheberschaft dieser Idee ausdrücklich Modrow zuschob. Es darf Kohl unterstellt werden, von Anbeginn auf den direkteren Weg der Wiedervereinigung gesetzt zu haben. Auch wenn es von Regierungsseite immer vermieden wurde, konkrete Termine zu nennen, war doch schon sehr früh offensichtlich geworden, dass in Bonn von allem Anfang an sehr kurzfristig gedacht wurde. Es sei daran erinnert, dass Frau Thatchers zeitliche Vorstellung von 10-15 Jahren deutscherseits als Zumutung empfunden und mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Das Zeitmass für die Wiedervereinigung waren schon am Jahreswechsel eher Monate als Jahre.

In einem grundlegenden Bereich hat Kohls Programm seinen unmittelbaren Zweck indessen nicht erfüllt. Die Wiedervereinigungsaussichten, die es geweckt hat, haben den Massenexodus aus der DDR bisher nicht zu stoppen vermocht; darin liegt heute die grösste Gefahr für die Kontinuität des Prozesses in stabilen Bahnen.

1.2 Die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Parteien

Angesichts der stürmischen Entwicklung der Deutschlandfrage sind die greifbaren Konzepte der Parteien zur Wiedervereinigung in Detailfragen je nach Datum der Veröffentlichung mehr oder weniger überholt. Dies gilt sicher für die z.T. eingehenden Darstellungen der als Vorstufe zur konföderativen Einigung umschriebenen Vertragsgemeinschaft, die man in den Konzepten der Unionsparteien, der SPD und, weniger ausgeprägt, auch bei der FDP findet. Diese Vorstufe wollten von allem Anfang an nur die Republikaner überspringen. Im weiteren gilt es zu beachten, dass die Texte der einzelnen Parteien unterschiedliches politisches Gewicht haben. Ueber durch Parteitage abgeseignete Konzepte verfügen zur Zeit nur die SPD und die Republikaner. Bei den anderen Parteien muss man sich auf Bundesausschuss-Beschlüsse (CDU) oder Entwürfe zu Wahlprogrammen (FDP, Grüne) stützen. Dabei ist allerdings zu bemerken, dass sich die Unionsparteien selbstverständlich dem Zehn-Punkte-Programm von Kanzler Kohl verpflichtet haben. Letzteres ist ganz eindeutig, wenn auch nicht eingestandenermassen, die Vorlage für die deutschlandpolitischen Konzepte der traditionellen Bundestagsparteien.

Mit Ausnahme der **Grünen** ist für alle Parteien "die Wiedervereinigung, d.h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit" (CDU) das **politische Ziel, das es stufenweise anzusteuern gilt**. Ueber eine Vertragsgemeinschaft soll der inneren Entwicklung der DDR und dem Prozess der europäischen Einigung entsprechend ein **konföderatives Stadium folgen, das dann schliesslich in einem Bundesstaat aufgeht**. Die erste Stufe wurde, wie bereits erwähnt, nur von den Republikanern ausgeklammert. CDU/CSU, FDP und SPD stimmen darin überein, dass der **Einigungsprozess in den europäischen Integrationsprozess eingebettet** sein soll. Die EG soll den Reformprozess in den Oststaaten unterstützen und die reformierten Staaten in die Gemeinschaft erst durch Assoziation, dann durch Mitgliedschaft einbinden.

Dieser wäre Teil einer "künftigen Architektur Gesamteuropas" (Kohl), die sich auf den Einbezug der Grossmächte (und Kanadas) abstützen würde. Zur Errichtung der "Europäischen Friedensordnung" (CDU/CSU, FDP, SPD) müssten die KSZE-Fora benützt werden. Die europäische Friedensordnung würde die bestehenden Militärbündnisse letztlich ersetzen. Der Modrow-Plan mit der Idee einer Neutralisierung Deutschlands hat in die Diskussion über den Weg zur Friedensordnung etwas Unruhe gebracht. Zwar haben die Hauptexponenten der erwähnten Parteien die Neutralität als nicht gangbaren Weg abgelehnt. Die Beibehaltung der NATO-Mitgliedschaft für den westlichen Teil Gesamtdeutschlands hat nur die CDU/CSU konsequent befürwortet. Einzelne Vertreter der SPD betonten in kürzlichen Verlautbarungen die Unmöglichkeit des Weiterbestands zweier Bündnisse auf dem Territorium eines Staates und forderten einen neutralitätsähnlichen Zustand.

CDU/CSU, FDP und SPD sind gleichermaßen unklar in ihren Aussagen betreffend die Gleichzeitigkeit von deutscher Einigung, europäischer Integration und der Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen; wengleich die Berliner Erklärung der SPD einige konkrete Hinweise auf gewisse Uebergangsmassnahmen hinweist, zu denen die Vereinbarung über einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum zwischen EG und EFTA und die EG-Assoziierung der reformierten Staaten Osteuropas gehören. Ueber die Schlüsselrolle der EG in diesen Prozessen sind sich die genannten Parteien völlig einig, gleichzeitig schweigen sie sich aber über die Möglichkeit, die zusehends zur Gewissheit wird, aus, dass die deutsche Einigung zeitlich vor der europäischen Einigung zustandekommen wird. Dadurch haftet diesen Konzepten ein gewisses Mass an Irrealität an.

Das Parteiprogramm, welches die Republikaner am 13./14. Januar verabschiedet haben, gibt der Wiederherstellung Deutschlands als eine Nation den uneingeschränkten Vorrang vor einer europäischen Einigung. Die Umkehrung dieser Priorität wird als verfassungswidrig bezeichnet, da einerseits nur die Wiedervereinigung, nicht aber die Integration, als verfassungsrechtliches Ziel feststeht und andererseits die

BRD nicht für die anderen Deutschen handeln könne. Dies hindert die Partei dann allerdings nicht daran, in ihrem gleichzeitig gutgeheissenen deutschlandpolitischen Konzept die Bundesregierung aufzufordern, in einem ersten Schritt mit den vier Siegermächten in Vorrerhandlungen über einen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland zu treten. Danach wäre unter UNO-Aufsicht eine Volksbefragung abzuhalten über die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates, der weder der NATO noch dem WAPA angehört und dessen Neutralität durch die vier Mächte garantiert würde. Als Uebergangsstufe wird eine Konföderation der Länder der BRD und DDR gebildet, deren Regierung den Friedensvertrag verhandelt und abschliesst. Gleichzeitig werden die Institutionen für ein föderative Republik Deutschland mit einem möglichst durch das Volk gewählten Präsidenten geschaffen. Die Republik Deutschland wird nicht an die Verträge der BRD mit der EG und der DDR mit dem RGW gebunden sein. Die Mitgliedschaft in der EG müsste demnach neu verhandelt werden.

Das deutschlandpolitische Konzept der Republikaner kann aus der Sicht des Auslandes als "worst-case"-Szenario bezeichnet werden. Es enthält ziemlich alles, was die Aengste der Nachbarn schüren kann. Dies trifft namentlich auch auf die Frage der Grenzen des neuen Deutschland zu. Die Republikaner gehen vom Gebietsstand vom 31.12.1937 zuzüglich des mit der Republik Litauen am 23. März 1939 "rechtsgültig" geschlossenen Abkommens über das Memelland und des Münchner Abkommens vom 29.9.1938 aus, solange letzteres nicht ex nunc als ungültig erklärt worden ist.

Man könnte sich damit begnügen, die grossdeutschen Träume der Republikaner getrost als solche zu bezeichnen, wäre da nicht der Umstand, dass die CDU/CSU in der Frage der Oder-Neisse-Grenze keine klare Aussage macht, bzw. eine solche bis zum Zeitpunkt der erfolgten Wiedervereinigung vertagt. Obwohl über die lauterer Absichten des Kanzlers in bezug auf die Grenzfrage kein Zweifel besteht, kann das Gleiche nicht von sämtlichen seiner Parteifreunde gesagt werden. Diese Unsicherheiten verleihen aber dem deutschlandpolitischen Konzept der Republikaner, das konkreter ist als alle anderen,

zusätzliches Gewicht.

Sowohl die FDP als auch die SPD befürworten eine sofortige, bedingungslose Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze.

Eine Sonderstellung nehmen die Grünen ein. Als einzige nennenswerte Partei sprechen sie sich noch gegen die Wiedervereinigung aus. Ihnen geht es darum, unter dem Schlagwort "Kooperation statt Anschluss" die demokratische Entwicklung in der DDR zu unterstützen. Ihre Forderung nach gleichberechtigter Zusammenarbeit klingt angesichts der Realitäten geradezu verzweifelt. Mittels einer KSZE-Sonderkonferenz wollten die Grünen die deutsch-deutschen Beziehungen in den gesamteuropäischen Friedensprozess einbeziehen und die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland in den KSZE-Rahmen überführen. Die Wirklichkeit hat die Grünen völlig ins Abseits gestellt. Angesichts dieser Tatsachen scheinen sie sich zu einer konföderativen Lösung für Deutschland zu konvertieren.

Im Wahlkampf zur voraussichtlich letzten Bundestagswahl wird die Wiedervereinigung als solche kein Thema sein, das die Parteien unterscheidet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Frage, wie die Kosten der Wiedervereinigung zu erbringen und verteilen sind im Mittelpunkt stehen.

1.3 Zusammenarbeit der Parteien in Ost und West

"Nur nicht bevormunden" hiess noch vor der Jahreswende die Devise für die Haltung der Parteien der BRD gegenüber den sich zu artikulieren beginnenden politischen Kräften in der DDR. Die so angetönte Zurückhaltung mag durchaus auch Ausdruck des ehrlichen Bemühens gewesen sein, einerseits die Eigenstaatlichkeit der DDR zu respektieren und andererseits den neuen Kräften die freie und nicht manipulierte Entfaltung zu ermöglichen. Entscheidender dürfte die Ratlosigkeit gewesen sein, mit welcher alle BRD-Parteien den Aufbruch im Osten in den ersten Wochen betrachteten und dann auch die Furcht, dass ein Fehltritt auf dem sich zusammenfügenden Parteienparkett in der DDR ungünstige Rückwirkungen auf den einsetzenden Wahlkampf für die Bundestagswahl vom Dezember 1990 habe könnte. Wie in allen anderen Bereichen der innerdeutschen Beziehungen hat auch hier die Auflösung der staatlichen Macht, die im Zusammenbruch der SED konkret zum Ausdruck kam, den Wandel in den Meinungen herbeigeführt.

Die SPD legte als erste BRD-Partei ihre Hemmungen ab. Der Zeitpunkt des Umdenkens kann aus eigener Anschauung mit grosser Sicherheit bestimmt werden. Am Programm-Parteitag der SPD (18.-20.12.89) traten zahlreiche "Delegierte" der Ost-SPD (damals noch SDP) in Erscheinung. Die Leute waren völlig unbekannt, was den SPD-Oberen aus dem Westen wohl bereits als Beweis dafür genügte, dass man es mit politisch Unschuldigen zu tun hatte, die nicht mit dem SED-Apparat verquickt waren. Zudem rief ihre kindliche Unbeholfenheit geradezu nach väterlicher Hilfe. Der übliche gemütliche Parteiabend wurde kurzerhand in Ostberliner Kneipen verlegt, was bereits als Hinweis auf die grenzüberschreitenden Aspirationen der SPD verstanden werden konnte. In der Folge betrieb die SPD, die sich wie keine andere westdeutsche Partei durch ihre enge Zusammenarbeit mit der SED Honeckers kompromittiert hatte, trotz anfänglicher Skepsis eine resolute und wirkungsvolle Kampagne zum Aufbau einer ostdeutschen Sozialdemokratie. Erstes sichtbares Zeichen der Zusammen-

arbeit: am 13. Januar übernimmt die SDP das im Westen gebräuchliche Kürzel SPD. Die Wahlkampfauftritte prominenter Mitglieder der SPD-West im Osten mehren sich. Willy Brandts Einsatz zur ersten Stunde wurde mit einer Nominierung zum Ehrenvorsitzenden der SPD-Ost belohnt. Einzelne West-Genossen setzen sich ganz persönlich für den Wahlkampf ein. So hat der Europa-Parlamentarier Rudi Arndt bis zur Wahl in Erfurt ein nicht gerade komfortables Quartier bezogen, während Egon Bahr sich in die Volkskammer wählen lassen will. Die moralische und logistische Unterstützung der SPD und der West-Gewerkschaften haben dazu geführt, dass die SPD-Ost mit klarem Vorsprung und bereits etablierten Strukturen in den Wahlkampf zieht.

Schwieriger gestaltete sich die Partnersuche für die Unionsparteien. Längere Zeit hatte die Ost-CDU als ehemalige Blockpartei als nicht salonfähig gegolten. Während Bundesinnenminister Schäuble und der ehemalige CDU-Generalsekretär Geissler der Ost-CDU gegenüber flexibler sein wollten, stand nach Ansicht von Kanzler Kohl die Partei, die in der Ostberliner Regierung noch vertreten war, immer noch im Schatten der SED. Die CSU war mit einer Partnerschaft mit der in Leipzig gegründeten, konservativ-liberalen Deutschen Sozialen Union (DSU) vorangegangen. In der Folge bemühten sich die Unionsparteien um ein Wahlbündnis zwischen der DSU, des christlich-sozialen Demokratischen Aufbruchs und doch auch der Ost-CDU. Am 5. Februar gelang es Bundeskanzler Kohl, diese Gruppen in einer Allianz für Deutschland zu verbinden, wobei jede Partei vorläufig auf ihrer Eigenständigkeit besteht und eigene Kandidaten in die Wahl schicken wird. Dennoch nahm die West-CDU diesen Einigungsschritt mit grosser Erleichterung auf und tankte daraus Zuversicht für die Wahlen.

Analog waren die Schwierigkeiten der FDP, die sich zuerst offenbar diskret und mit bedeutenden Vorbehalten der LDPD des amtierenden Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach, auch einer ehemaligen Blockpartei, angenähert hatte. Daneben konstituierte sich am 4. Januar eine FDP-Ost, die von Anfang an die volle Unterstützung der Bonner FDP hatte. Nachdem die

LDPD sich von ihrem Vorsitzenden Gerlach getrennt und sich auch äusserlich durch die Verkürzung zur LDP (Liberal-Demokratische Partei) von ihrer Vergangenheit entfernt hatte, war der Weg frei für ein Wahlbündnis der liberalen Kräfte in der DDR. Dies kam am 12. Februar zustande. Es vereinigt nebst der LDP die Ost-FDP und die Deutsche Forumpartei zum Bund Freier Demokraten. Beachtlich ist an diesem Bündnis, dass erklärterweise die Vereinigung mit der FDP der BRD angestrebt wird. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag hat den Vorsitz über einen gemeinsamen zentralen Koordinierungsausschuss für die Organisation des Wahlkampfes übernommen. Einen Monat vor den Wahlen in der DDR haben die Liberalen organisatorisch mit den anderen Parteien gleichgezogen.

Ob die Grünen, angesichts der von ihnen vertretenen Zweistaatlichkeit, ihre jahrelangen Beziehungen zu den vor allem in Kirchenkreisen aktiven Grünen der DDR zu einmischender Wahlhilfe nutzen werden, ist nicht klar. Joschka Fischer beklagte erst kürzlich die galoppierende Okkupation der DDR durch die anderen Parteien.

Die Republikaner wollen gemäss Schönhuber über ein grosses Wählerpotential in der DDR verfügen. Es soll auch bereits eine Partei mit eingetragenen Mitgliedern geben. Propaganda scheint jedenfalls in die DDR zu gelangen. Es sieht allerdings gegenwärtig so aus, als würden die Republikaner nicht zu den Wahlen zugelassen.

Die Art und Weise, wie der DDR-Wahlkampf von den Bonner Parteizentralen, entgegen früher bekundeter Zurückhaltung, ungehemmt und selbstverständlich gelenkt wird, ist ein Beleg dafür, dass die DDR, die sich gegen diese Einmischung überhaupt nicht zur Wehr setzt - wer sollte dies auch tun? -, kein souveräner Staat mehr ist. In diesem Bereich hat die Wiedervereinigung demnach tatsächlich bereits stattgefunden. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass der Runde Tisch in Ostberlin am 5. Februar beschloss, West-Politikern Wahlreden in der DDR zu verbieten. Es blieb beim zaghaften Versuch, nicht mehr vorhandene Grenzen neu zu zeichnen. Bundes-

kanzler Kohl selbst beantwortete dieses "Verbot" mit der Ankündigung, sich auf sechs Wahlkampfauftritte in der DDR zu beschränken, während mit Ausnahme der Grünen sämtliche Bonner Parteien, den hoffnungslosen Versuch, ihre Kreise zu stören, mit Entrüstung als Versuch, die Demokratie einzuschränken, tadelten. Vom "Nicht-Bevormunden" keine Spur mehr.

1.4 Die Wiedervereinigung und die Siegermächte

1.4.1 Die Rechtsgrundlagen der Viermächteverantwortlichkeit

- Im Londoner Protokoll (es besteht aus verschiedenen Abkommen und einer "Feststellung", die zwischen dem 12.9.44 und dem 5.6.45 geschlossen wurden) einigten sich die USA, Grossbritannien, Frankreich und die UdSSR, Deutschland in vier Besatzungszonen und das gemeinsam zu verwaltende Gross-Berlin aufzuteilen.
- Bedeutender war das Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 (Frankreich war ihm nicht beigetreten, hatte aber einige, seinen Interessen dienende Bestimmungen angenommen).

Ueber Deutschlands politische Zukunft nach seiner Entnazifizierung und Entmilitarisierung sah es vor, dass ein zukünftiger Friedensvertrag die deutsche Einheit in den Grenzen von 1937 wiederherstellen könne. Die Gebiete östlich der Oder-Neisse-Grenze würden bis dahin polnischer Verwaltung unterstellt. Daneben enthielt es Bestimmungen über Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsstrukturen etc. Von Bedeutung ist, dass die BRD - da sie nicht Normadressat des Potsdamer Abkommens ist - davon ausgeht, dieses sei eine für sie nicht verbindliche "res inter alios acta".

- Im Deutschlandvertrag vom 26.5.52 einigten sich die drei Westalliierten und die BRD auf die Beendigung des Besatzungsregimes. Die Verantwortung für Gesamtdeutschland und Berlin behielten sich die Westmächte im Hinblick auf einen Friedensvertrag vor.

Artikel 7, Absatz 2, hält fest: "Bis zum Abschluss der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes

Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."

1.4.2 Die Entwicklung seit November 1989

Mit dem Fall der Mauer zeichnete sich zum ersten Mal seit Kriegsende eine konkrete Chance zur Wiedervereinigung ab. Es schien während der ersten Wochen, dass sie die Alliierten - insbesondere die UdSSR, obwohl erst ihre Politik diese Perspektive ermöglicht hatte - unvorbereitet traf. Moskau ging zunächst davon aus, dass die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stehe, aus Frankreich wurden Urängste vor dem deutschen Koloss hörbar, London war zurückhaltend und Washington befürwortete die Wiedervereinigung nur unter der Bedingung einer NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands. Um ihre Verantwortung auch äusserlich sichtbar zu machen, trafen sich die vier Alliierten Botschafter im Berliner Kontrollratsgebäude, ohne dabei oder damit das Heft für die gesamtdeutsche Entwicklung in ihre Hände genommen zu haben.

Für Verstimmung sorgte der 10-Punkte Plan Kohls, da er - ohne Konsultation mit den Siegermächten - einem Fahrplan hin zur gesamtdeutschen Einheit gleichkommt.

Inzwischen haben sich die vier Siegermächte mit der Unvermeidbarkeit der Wiedervereinigung abgefunden.

Kleinster gemeinsamer Nenner ihrer Position ist die Bedingung, dass die Wiedervereinigung sich im Rahmen einer zu schaffenden europäischen Friedens- und Sicherheitsstruktur vollziehen habe. Darüber wie der Weg dorthin aussehen soll - (Teil-) Neutralisierung, förmlicher Friedensvertrag, qua Helsinki II - besteht heute kein Konsens.

Die BRD hat es bisher unterlassen, die Westmächte aufgrund des Deutschlandvertrages zu aktivem Handeln (z.B. Friedensvertragskonferenz) aufzufordern. Man beschränkte sich

darauf, sie vor einem "venire contra factum proprium" (Deutschlandvertrag) zu warnen. Die Wiedervereinigungsdynamik schafft in der Tat politische, wirtschaftliche und soziale Fakten, welche die ursprünglich vorgezeichneten Strukturen eines Zusammenschlusses (= Viermächteverantwortlichkeit) überholt und obsolet gemacht haben.

Diese induktive Politik der Schaffung von "faits accomplis" verhilft den deutschen Interessen im Rahmen des europäischen Zusammenwachsens zu höherer Geltung als wenn die Wiedervereinigung "von oben" d.h. im Rahmen eines förmlichen Friedensvertrages mit den Siegermächten oder von Helsinki II gesteuert würde. Anders ausgedrückt: die Selbstbestimmung findet real statt, sie wird, entgegen ursprünglichen Absichten, nicht von den Siegermächten konditioniert.

1.5 Die Wiedervereinigung und die Blockzugehörigkeit

In Europa spielen sich gegenwärtig drei grundlegende Prozesse von historischer Tragweite ab:

- die (west-)europäische Integration innerhalb der EG mit dem Ziel einer Europäischen Union;
- die Auflösung des Ostblocks und die damit verbundene Eliminierung der sicherheitspolitischen Bipolarität in Europa;
- die deutsche Wiedervereinigung

Die drei Prozesse sind untrennbar miteinander verbunden. Besonders aktuell und intensiv sind indessen Wechselwirkung und Kausalität der beiden letztgenannten. Das Dilemma lässt sich einfach formulieren:

Die innerdeutsche Entwicklung hat eine Dynamik erreicht, welcher die Schaffung neuer gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen, welche die Bipolarität ablösen sollen, nicht zu folgen vermag.

- Ausweg: a) entweder wird der Wiedervereinigungsprozess gebremst und an das im Rahmen von Helsinki II, bzw. Wien II Realisierbare angepasst, oder
- b) der Bau des neuen europäischen Hauses wird der Rasanz des Wiedervereinigungsprozesses angeglichen, oder
- c) man akzeptiert das Faktum, dass die beiden Prozesse zeitlich nicht koordinierbar sind.

Es hiesse, die Dynamik politischer Entwicklungen auf unstatthafte Art zu kategorisieren, wollte man nur die eine von drei logisch denkbaren Entwicklungen als wahrscheinlich prognostizieren.

Realistischer ist es, von einem Gemenge der drei Optionen auszugehen.

- Sicherlich bremst die bis anhin ungelöste Frage der Blockzugehörigkeiten den Wiedervereinigungsprozess. Die Herstellung staatlicher Einheit bei gleichzeitiger zweifacher Blockzugehörigkeit und der Präsenz amerikanischer und sowjetischer Truppen ist unrealistisch, weil in sich widersprüchlich. Gegenteilige Beteuerungen - auch aus der Koalition - sind eher als "window dressing" und "appeasement" für die Sorgen der Blockprotagonisten aufzufassen.

- Nicht zu verneinen ist, dass die deutsche Entwicklung Druck für die Schaffung neuer europäischer Sicherheitsstrukturen schafft. Sie setzt Helsinki II und Wien II unter Erfolgswang.

- Schliesslich enthält die Entwicklung sicher auch aleatorische Elemente. Raum dafür bieten unter anderem auch die Unsicherheiten in der Sowjetunion. Hätte sie beispielsweise die Kraft und den Willen einem Abdrängen aus der DDR zu widerstehen? Schliesslich stünde es einer neugewählten DDR-Regierung nach dem 18. März frei, den Austritt aus dem Warschauer Pakt zu erklären. Die auf DDR-Territorium verbleibenden UdSSR-Truppen wären danach nur noch unter dem Titel des Potsdamer Abkommens als Siegermacht präsent, was die Blockzugehörigkeitsproblematik in einem völlig neuen Licht erscheinen liesse. So spekulativ zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Entwicklung auch sein mag: sie verdient Erwähnung seit in Europa heute Realität ist, was gestern undenkbar war. Die Redimensionierung des sowjetischen Imperiums, die Bewältigung seiner inneren Probleme bedingen Konzessionsbereitschaft insbesondere dort, wo keine direkten und vitalen sicherheitspolitischen Risiken vorliegen. Nachdem das westliche Glacis der UdSSR sich aufzulösen im Begriff ist, dürfte ein längerfristiger Verbleib von Sowjettruppen in der DDR eher anachronistischer Symbolik als sicherheitspolitischer Notwendigkeit entsprechen.

Die von Modrow mit Segen des Kremls aus der Mottenkiste geholte Idee einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands geht an der Realität vorbei.

Ein Staat von der Grösse und Potenz Gesamtdeutschlands kann begrifflich nicht neutral sein; es fehlt ihm das Essentielle der Kleinheit als Voraussetzung des Neutral-Sein-Könnens, die durch seine Grösse bedingten Interessen machen es selber zum sicherheitspolitisch relevanten Akteur im internationalen Kontext. Zudem: Gesamtdeutschland neutral werden zu lassen, hiesse, ihm einen Sonderstatus zuzubilligen, der ihm eine eigenständige, nicht beeinflussbare Politik gegenüber den anderen Mächten ermöglicht. Eine Einbindung in gesamt-europäische Strukturen erhöht die Kontrollierbarkeit gesamt-deutscher Aussenpolitik.

Andere Varianten werden gegenwärtig ebenfalls diskutiert:

- Ein Anschluss der DDR an das NATO-Gebiet ist unrealistisch, da für die UdSSR nicht zumutbar und akzeptabel.
- Eine - vorläufige - Neutralisierung und Entmilitarisierung der DDR dürfte aus denselben Gründen scheitern.

Fazit: eine Lösung, welche die begriffliche Unvereinbarkeit von Wiedervereinigung und - vorläufiger - Blockzugehörigkeit von BRD und DDR überwinden könnte, ist gegenwärtig nicht in Sicht. Dennoch wird die Wiedervereinigung nicht an diesem Punkt scheitern, sie wird - was den konstitutiven Rahmen betrifft - allenfalls verzögert.

1.6 B e r l i n

1.6.1 Der Besatzungsstatus

Gemäss Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD ist Grossberlin, d.h. inklusive Ostsektor, konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik. An dieser Auffassung hielt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auch 1973 in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag BRD-DDR noch fest, indem es ausführte, dass diese Tatsache "... weder durch die politische Entwicklung überholt noch aus sonst irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden" sei: "Derzeit besteht die BRD aus den in Artikel 23 Grundgesetz genannten Ländern, einschliesslich Berlins; der Status des Landes Berlin der BRD ist nur gemindert und belastet durch den sogenannten Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte."

Diesen Standpunkt teilen nicht einmal die drei westlichen Alliierten. Ihres Erachtens handelte es sich - in völkerrechtlicher Terminologie - um eine wirksame Inbesitznahme eines Gebietes im Verlauf einer Kriegshandlung (occupatio bellica). Einigkeit mit der BRD besteht nur insoweit, als auch die Alliierten den Ostsektor als Bestandteil der von den vier Siegermächten verwalteten Gebietseinheit Berlin (=Grossberlin) betrachten.

Einen dritten Standpunkt schliesslich vertraten die UdSSR und die DDR. Sie gehen bis heute davon aus, dass die Westsektoren nicht zur BRD gehören, haben aber insofern nichts gegen den Ausbau der Bindungen, als dadurch keine hoheitsrechtlichen Fragen präjudiziert werden. Letzteres gab Anlass zu Protesten, beispielsweise dann, wenn Bundestagsfraktionen in Westberlin tagten oder sich Länderminister zu Konferenzen trafen. Was den Ostsektor betrifft, so betrachten die beiden östlichen Verbündeten das Problem als gelöst: ihres Erachtens ist er konstitutiver Bestandteil und Hauptstadt der DDR und ist damit jeglicher Zuständigkeit der Alliierten entzogen. Dass das Viermächteabkommen von 1971, überhaupt zu-

stande kommen konnte, setzte voraus, dass es von den drei westlichen Alliierten als für alle vier, von der UdSSR hingegen nur als für die drei westlichen Sektoren anwendbar aufgefasst wird. Das Abkommen enthält daher auch den Begriff Berlin (als Ganzes) nicht, sondern handelt nur vom "betreffenden Gebiet".

Während die Standpunkte der Westalliierten und der BRD seit dem Zusammenbruch der gemeinsamen Viermächteverwaltung von 1948 (die einzige weiterfunktionierende Behörde ist das von den Vier betriebene "Berlin Air Safety Center", das den Verkehr durch die drei Luftkorridore überwacht) bis heute konsequent aufrecht erhalten worden sind, gehört der Ostsektor faktisch erst seit 1981, dem Jahr, in dem Ostberliner zum ersten Mal mit vollem Stimmrecht in die Volkskammer gewählt worden waren, zur DDR. Es hatte sich nicht um eine handstreichartige Einverleibung, sondern um den Schlusspunkt einer insbesondere 1968 begonnenen kontinuierlichen Entwicklung gehandelt.

Die Westmächte hatten gegen dieses Vorgehen konsequent protestiert und ihre Zuständigkeit für den Ostsektor mit erhöhter Patrouillentätigkeit unterstrichen; weshalb aber haben sie seinerzeit nicht analog reagiert, indem sie das Besatzungsstatut aufhoben und die Westsektoren der BRD übergaben ?

In der Tat scheint ihre Präsenz weder einer verteidigungs- noch einer sicherheitspolitischen Notwendigkeit zu entsprechen, da die Westsektoren über ihre BRD-Zugehörigkeit ja NATO-Territorium geworden wären. Die Frage ist heute obsolet.

Die BRD ist eben - obwohl inzwischen zum salonfähigen und hochgeachteten Partner auf allen Weltbühnen geworden - nun eben einmal kein souveräner Staat. Die Alliierten behalten aufgrund des Deutschlandvertrages, mit dem das Besatzungsstatut aufgehoben worden war, ihre Verantwortung "... in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes bei" (Artikel 2). Die "occupatio bellica" der alten Hauptstadt ist äusseres Symbol dafür.

Für die Westdeutschen sind die Konsequenzen dieses Status mehr als nur symbolhaft. BRD-Gesetze sind in Westberlin nicht eo ipso anwendbar; der Senat muss sie in einem speziellen Verfahren in Berliner Recht transformieren. Sämtliche Flugverbindungen nach Westberlin sind alliierten Carriern vorbehalten.

Auch der Fall der Mauer am 9.11.1989 hat seitens der Alliierten keine Bewegung in die der Strukturen des Berlin-Status gebracht. Die Deutschen drängen sie - vorläufig - auch in diesem Bereich alliierter Gesamtverantwortung nicht zu Initiativen, sondern schaffen Fakten:

- Zwischen BRD, DDR und den zuständigen Berliner Behörden laufen Sondierungen über eine Neugestaltung des Luftverkehrs;
- Die DDR betrachtet Westberlin heute nicht mehr als besondere politische Einheit, seitdem Modrow und Kohl - ohne sichtbare Präsenz der Alliierten - das Brandenburger Tor öffneten;
- Es wird versucht, die Berliner Abgeordneten im Dezember dieses Jahres von der Bevölkerung wählen zu lassen und ihnen im Bundestag Stimmrecht zu verleihen. Der Regierende Bürgermeister konterte alliierte Einwände mit der Bemerkung, dass damit zwar Berlin im Bund, der Bund in Berlin aber immer noch nicht mitregiere.
- Berlin entwickelt sich zum Zentrum und Umschlagplatz der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Die normative Kraft des Faktischen überholt auch im Falle Berlins die Strukturen.

Fazit: Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Alliierten in nächster Zeit die Statusfrage in Bewegung bringen werden. Wahrscheinlich ist, dass während des Prozesses des deutschen Zusammenwachsens der status quo als Symbol für die Viermächteverantwortung aufrecht erhalten wird. Die Beendigung

des förmlichen Besatzungsregimes dürfte an jenem Tag kommen, an dem die beiden deutschen Staaten auch konstitutionell zu einem neuen Völkerrechtssubjekt zusammenfinden.

1.6.2 Berlin als Hauptstadt ?

Da diese Frage nicht nur symbolischen und politischen Gehalt hat, sondern wegen der zahlreichen laufenden und geplanten Bauvorhaben der Bundesregierung in Bonn (im übrigen auch unseres Amtes für Bundesbauten) auch in materieller Hinsicht legitim ist, bildet sie Gegenstand ausführlicher Erörterungen.

Eine Mehrheit der massgeblichen Politiker für Berlin zeichnet sich ab. Dennoch ist die Frage gegenwärtig offen.

Folgende Argumente verdienen in dieser Diskussion Erwähnung.

Für Berlin als Hauptstadt sprechen folgende Punkte:

- Berlin symbolisiert die deutsche Einheit. Es war Reichshauptstadt während jener - historisch kurzen - Periode, in der deutsche Nation und deutscher Staat kongruent waren (1870-1945). Zusätzliche Symbolkraft erhielt Berlin während der letzten 45 Jahre als freiheitliches Bollwerk mitten im unfreien Teil Deutschlands.
- Berlin ist die bevölkerungs- und flächenmässig weitaus grösste Stadt Deutschlands, war bis in die Dreissigerjahre eine Weltstadt, die in kultureller Hinsicht anderen Metropolen wie Paris oder London gleichkam.
- Berlin, nur 60 km von der polnischen Westgrenze entfernt, war seit jeher Symbol für die auch osteuropäische Berufung Deutschlands.
- Die Stadt eignet sich von Grösse und Infrastruktur her besser als jede andere zum Zentrum eines Staates vom Format und der Potenz eines wiedervereinigten Deutschlands.

Gegen Berlin als Hauptstadt sprechen aber auch gewichtige Gründe:

- Berlin symbolisiert die Unfähigkeit der Deutschen, sich als Nation im europäischen Kontext zu benehmen. Es war als Kapitale Ausgangspunkt dreier grosser Kriege (1870/71, 1914/18, 1939/45).
- Berlin symbolisiert als ehemalige Hauptstadt Preussens Militarismus, Aggression, kurz den "ugly German".
- Die östliche Lage Berlins symbolisiert auch das jahrhundertalte gestörte Verhältnis der Deutschen zu ihren slawischen Nachbarn.
- Der neue deutsche Staat wird starke föderalistische Strukturen aufweisen. Eine Hauptstadt von der Grösse und Ausstrahlung Berlins (mit 3,5 Mio Einwohnern) leistet zentralistischen Tendenzen Vorschub.

Für Bonn als Hauptstadt sprechen:

- Seine Symbolkraft für das gelungene Demokratie- und Föderalismusexperiment "Bundesrepublik".
- Die einem föderalistischen Staat angemessene Kleinheit der Kapitale.
- Die mit seiner geographischen Lage zum Ausdruck gebrachte Verbundenheit mit westlichen Wertvorstellungen.
- Seine lieblich anmutende Provinzialität, die -zusammen mit der frohen, weinseligen rheinischen Lebensart- den "guten Deutschen" symbolisiert.

Die Prognose sei gewagt, dass Berlin trotz allem wieder Hauptstadt wird. Der Prozess dahin dürfte sich jedoch langsamer vollziehen als die faktische Wiedervereinigung. Einige Ministerien werden vielleicht in Bonn verbleiben. Auch eine

"südafrikanische" Lösung (Kapstadt/Pretoria) ist denkbar.

Heute schon entschieden ist, dass die im Rahmen der Vertragsgemeinschaft und der späteren konföderativen Strukturen zu schaffenden gemeinsamen Kommissionen und parlamentarischen Ausschüsse ihren Sitz in Berlin haben werden. Mit ihrer Konstituierung wird noch im Laufe dieses Jahres zu rechnen sein. Wir werden uns somit in Bälde überlegen müssen, auf welche Art und Weise wir die Zusammenarbeit mit, bzw. Akkreditierung bei ihnen in personeller und geographischer Hinsicht gestalten wollen, nachdem diese Institutionen Entscheidungsbefugnisse über wirtschafts- und währungspolitische Grundsatzfragen, die BRD und DDR betreffen, haben werden.

1.7 Wiedererwachen des deutschen Nationalismus ?

Die Gründe, weshalb die Perspektive der Wiedervereinigung bei Alliierten und Nachbarn anfangs skeptisch aufgenommen wurde und auch heute noch keine Euphorie auslöst, brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Kurz: die Periode des deutschen Nationalstaates (1870-1945) ist eine Geschichte historischer Katastrophen.

Besteht die Gefahr der Wiederholung ? Vermag die (west-) europäische Supranationalisierung einen wiedererwachenden deutschen Nationalismus aufzufangen ?

Der grosse Brockhaus definiert Nationalismus als "Ideologie, die den Gedanken der Nation und des auf ihr gegründeten Nationalstaates militant nach innen und aussen vertritt.

"...Verabsolutierung nationaler Interessen und Wünsche, Geringschätzung fremder Völker. Verbindung von Nationalbewusstsein mit Elite- und Sendungsbewusstsein oder mit Rassismus."

Solcherlei Gedankengut ist -wie Abstimmungsresultate zeigen- in praktisch allen westlichen Demokratien präsent. In Deutschland degenerierte es zum Faschismus, wurde unkontrollierbar und brachte Unheil über ganz Europa.

Weshalb konnte der Nationalismus in Deutschland nicht wie anderswo im politischen Abseits gehalten werden ? Ein wichtiger unter vielen anderen Gründen mag darin liegen, dass aufgrund der geographischen Lage Deutschland an zu viele, ähnlich starke Nachbarn grenzt was zu viele Interessenkollisionen nach sich zog. Oder: Deutschland war entweder zu stark oder zu schwach, um in ein stabiles europäisches Gleichgewicht eingebunden werden zu können. Derlei Fakten schaffen politischer Emotionalität Vorschub.

Anderen Urteilen oder Vorurteilen über die deutsche Seele (Blauäugigkeit, abgründige Katastrophensehnsucht, Arroganz,

Ueberheblichkeit, angeborene faschistoide Mentalität etc.) ist mit Zurückhaltung zu begegnen. Ob und inwiefern solche Eigenschaften für die vergangenen Katastrophen und die Ungeheuerlichkeit des Holocaust inmitten einer hochzivilisierten Geistesnation kausal waren, ist nicht nachweisbar.

Die Entwicklung seit Oktober/November 1989 ging bis heute nicht mit Gefühlen eines nationalen Erwachens, einer unangenehmen Deutschtümelei oder eben nationalistischer, pan-germanische Erregung einher. So emotional der Leipziger-Ruf "Deutschland einig Vaterland" in ausländischen Ohren auch klingen mochte; er drückte doch wohl eher Freude über die wiedergewonnene Freiheit, die Aussicht auf Verbesserung der Lebensqualität, auf Freizügigkeit aus. Dafür spricht der Umstand, dass die hinsichtlich Nationalismus unverdächtige SPD über die innerdeutsche Entwicklung deutlichen Auftrieb erhalten hat; (von 37% Ende 89 auf 41% Ende Januar 90); während die Republikaner verloren (von 5,5 auf 3,5%).

Dass sich ein wiedervereinigtes Deutschland kurz und mittelfristig im europäischen Mächtekonkurrenz "benehmen" wird, darf als sicher angenommen werden. Der Schuldkomplex hält noch lange vor, und die "Freunde" werden es nicht unterlassen, ihn zu hegen.

Trotzdem ist es angesichts der Geschichte des deutschen Nationalstaates legitim, über langfristige "worst case" - Szenarien nachzudenken.

- In fünf, vielleicht zehn Jahren dürfte Deutschland die wirtschaftliche Hypothek DDR verdaut haben. Das Gefälle zu den übrigen europäischen Industriestaaten wird sich vergrössern, Deutschland wäre mit Abstand wirtschaftliche Grossmacht Nummer eins und bevölkerungsmässig - neben den Russen - Nummer zwei auf dem Kontinent.
- Mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Zweiten Weltkrieg werden sich Erinnerung und Schuldgefühl verflüchtigen. Deutschland wird sich nicht mehr - wie die BRD während ihres rund 40-jährigen Bestehens - zur Rolle des Muster-

knaben mit altruistisch-apologetischer Aussenpolitik verpflichtet fühlen (letzteres relativiert im übrigen den Wert des "Experiments BRD" als Lackmustest für demokratische Reife). Deutsche Interessen werden als solche wahrgenommen und formuliert.

- Das kann zu Konflikten im Integrationsprozess führen. Deutschland könnte versucht sein, nach dem Quantum des für die Optimierung seiner Wirtschaftskraft notwendigen Integrationsgrades zu fragen. Ob Währungs- und Wirtschaftsunion dafür notwendig sind, ist zumindest fraglich.
- Auf jeden Fall würde Deutschland angesichts seines Gewichtes die EG, wenn nicht ganz Europa, dominieren können, was sein Bedürfnis nach Sicherheit erhöhen könnte. Der Umstand, dass zwei kleinere Mächte -nebst Russland- über Nuklearwaffen verfügen, Deutschland aber nicht, könnte Diskussionen entweder über eine Denuklearisierung oder eine atomare Aufrüstung in Deutschland auslösen. Beides wäre verhängnisvoll, die europäische Stabilität dahin.

Alle deutschen und die meisten ausländischen Gesprächspartner - konfrontierte man sie mit diesem hypothetischen Szenario - würden es empört als abwegig qualifizieren. Die Reaktion auf Prophezeiungen Ende Zwanziger- anfangs Dreissigerjahre hinsichtlich der Entwicklung Deutschland wäre aber wohl auch nicht anders ausgefallen.

Und bis heute hat noch niemand ein Rezept vorgelegt, wie der deutsche Riese in Europa eingebunden werden könnte. Die Rede ist zwar von der Einbettung des Wiedervereinigungsprozesses in die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur (Helsinki II). Diese Beteuerungen sind bisher Worthülsen geblieben: falls sicherheitspolitische Supranationalität in Europa nicht erreichbar ist - und das wird, wenn überhaupt, noch sehr lange so bleiben, länger jedenfalls als die Wiedervereinigung - ist keine Alternative zur multipolaren Gleichgewichtspolitik der Bismarck Aera mit ihren Imponderabilien und den bekannten Konsequenzen sichtbar. Dass Ab-

machungen hinsichtlich Nichtangriffsfähigkeit schliesslich - wie in VKSE II beabsichtigt - unterlaufen werden können, haben die Deutschen bereits während der Dreissigerjahre gezeigt.

Ob der Quantensprung ziviler und wirtschaftlicher Interdependenz, den (West-)Europa während der letzten vierzig Jahre vollzogen hat, Machtpolitik qualitativ zu ändern oder ihre Konsequenzen in zivilisiertere Bahnen zu lenken vermag, ist bis zu dem von der Geschichte zu erbringenden Beweis vorläufig Behauptung oder Hoffnung.

1.8 Die Schweiz und ein wiedervereinigtes Deutschland

Vor allem in der Deutschschweiz löst die sich abzeichnende Wiedervereinigung Emotionen aus; man brachte dem grossen Nachbarn im Norden bei uns nie ungeteilte Sympathien entgegen. Die Gründe dafür liegen - objektiv - in den beiden letzten Weltkriegen und sind - subjektiv - auch im ethnisch-sprachlichen und mentalitätsmässigen Bereich angesiedelt. Es ist aber immerhin daran zu erinnern,

- dass die Schweiz von allen Nachbarn Deutschlands am wenigsten unter dessen Imperialismus - insbesondere der nationalsozialistischen Variante - gelitten hat,
- dass sich die Schweiz in neuerer Zeit mit Deutschland nie im Kriegszustand befand (wohl aber mit Frankreich).

Dies, obwohl die Geschichte der Schweiz weitgehend eine Geschichte des Sich-von-Deutschland-Lösens war.

Die Hypothese sei gewagt, dass die Wiedervereinigung für unsere bilateralen Beziehungen qualitativ nur wenig Konsequenzen haben wird.

Im Kontext einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur dürfte Deutschland zu einem der wichtigsten Akteure werden. Ob das Momentum der Wiedervereinigung vorab durch diese Disposition im Rahmen der EG aufgefangen oder neutralisiert werden kann, wird erst die Zukunft zeigen. In welcher Richtung wiederum sich die EG (Europäische Union ?), die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion entwickeln werden und welche Rolle den USA in Europa zukommen wird, ist ebenfalls offen. Wahrscheinlich ist, dass die bisherige Bipolarität einer Multipolarität weichen wird, in deren Rahmen - qua neu zu schaffender europäischer Sicherheitsstrukturen (Abrüstung bis zur Nichtangriffsfähigkeit) deren ursprüngliche Antagonismen allmählich in toto neutralisiert werden sollen.

Der Weg dahin ist weit und bleibt vorderhand von vielen Imponderabilien belastet. Fazit: Die Neutralität - als sicherheitspolitisches Ueberlebensmittel während der vergangenen fünfzigjährigen Phase der Blockkonfrontation - erlangt heute, in einer sich abzeichnenden Bewegung auf die erwähnte Multipolarität zu m.E. höhere Bedeutung denn je. Sie bietet angesichts der zahlreicheren Akteure auf der europäischen Bühne unter Umständen die Möglichkeit einer aktiveren Aussenpolitik als die bipolaren Verhältnisse es erlaubt hatten: Chance und Herausforderung zugleich.

2. Wirtschaftliche Aspekte

2.1. Ausgangslage

Die DDR steht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist nach Auffassung der Bundesregierung nur möglich, wenn die zentrale Wirtschaftsplanung durch eine marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Absicherung abgelöst wird. Marktwirtschaftliche Reformen bilden zweifellos den schnellsten und wirksamsten Weg zu mehr Wohlstand in der DDR. Aber auch bei diesem Weg wird eine temporäre Durststrecke nicht zu vermeiden sein.

Wie soll der Uebergang von der zentralistischen Planwirtschaft mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln zur dezentralen Marktwirtschaft westlicher Prägung am besten vollzogen werden ? Unter der Annahme, dass die Bevölkerung diesen Systemwechsel befürwortet, stellt sich die Frage, ob die Wirtschaftsreform stufenweise oder durch einen "big bang" erfolgen soll. Einerseits drohen bei einer plötzlichen Freigabe der Preise und Mieten soziale Spannungen. Andererseits birgt ein stufenweises Vorgehen die Gefahr, dass Zeit zur Formierung von Widerstand entsteht und die Reformen im bürokratischen Dickicht stecken bleiben.

Selbst wenn die DDR den Weg der Reformen beschreitet, wird es gravierende Anpassungsprobleme geben. Die Einkommensnachteile lassen sich nicht über Nacht beseitigen. Eine zu rasche wirtschaftliche Vereinigung, von der sich eine Mehrzahl der DDR-Bürger die Sanierung der eigenen Wirtschaft zu versprechen scheint, würde nach Auffassung der führenden wirtschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesrepublik den Aufholprozess erschweren. In einem einheitlichen Wirtschaftsraum käme es zu einer tendenziellen Annäherung der Löhne in der DDR an das Tarifniveau in der Bundesrepublik. Angesichts veralteter Produktionsanlagen wäre in diesem Fall ein grosser Teil der Industrie der DDR gegenüber der westdeutschen Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig. Betriebe

würden geschlossen und es entstünde Arbeitslosigkeit. Damit ergäben sich für die Bundesrepublik hohe Anpassungskosten in Form von Transferleistungen. Ungeachtet dieser Probleme macht es aber den Anschein, als ob die zur Zeit bestehenden politisch-emotionalen Strömungen diesen Weg erzwingen werden.

2.2. Der Beitrag der Bundesrepublik zur Sanierung der DDR

Mobilisierung privaten Kapitals

Die Unterstützung des wirtschaftlichen Reformprozesses muss nach Auffassung der Bundesregierung vorrangig durch das Engagement der privaten Investoren und der Unternehmen aus der Bundesrepublik erfolgen. Bleibt privates Kapital aus, so wäre dies als Beleg dafür zu werten, dass sich die Investoren unter den von der DDR geschaffenen Bedingungen keine Ertragschancen ausrechnen oder die Risiken als zu hoch einschätzen. Die Attraktivität für privates Kapital kann die DDR durch eine adequate Ausgestaltung ihrer Wirtschaftsordnung schaffen.

Die Risiken, die Investoren bei Anlagen in der DDR auf absehbare Zeit eingehen, wurzeln in der Unsicherheit über den Fortgang des Reformprozesses und die dabei möglicherweise auftretenden Rückschläge. Da diese Risiken durch keine entsprechend höheren Ertragserwartungen kompensiert werden, besteht hier eine Barriere für einen breiten Kapitaltransfer privater Anleger in die DDR. Zur Minderung dieser Risiken hat die deutsche Wirtschaft vorgeschlagen, die vorhandenen Formen der Risikoabsicherung auf Anlagen und Kapitalengagements in der DDR auszudehnen. Die Bundesregierung steht diesem Anstoss positiv gegenüber.

Finanzhilfen

Die Bundesrepublik hat sich bereit erklärt, die Reformen in der DDR mit staatlichen Finanzhilfen zu unterstützen. Diese sind komplementär zum privaten Kapitaltransfer und können nur Hilfe zur

Selbsthilfe sein.

In welchem Umfang öffentliche Mittel für die Unterstützung der Reformen in der DDR bereitgestellt werden, hängt von der politischen Entwicklung ab. Ein Ueberblick über die bereits beschlossenen und geplanten Hilfsmassnahmen finden Sie in der Beilage. Wenn in der DDR die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen staatliche Hilfe aus der Bundesrepublik in grösserem Umfang sinnvoll erscheint, wird die Bundesregierung eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme in Kauf nehmen. Bundesfinanzminister Waigel hat bereits einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr in der Höhe von 7 Mia DM vorgelegt. Der Finanzminister will die wegen der DDR-Hilfe dem Bundeshaushalt entstehenden Mehrausgaben nicht über Steuererhöhungen finanzieren und lehnt es auch ab, auf die für nächstes Jahr vorgesehene Senkung der Unternehmenssteuern zu verzichten.

Die Modernisierung der Infrastruktur in der DDR (Umwelt, Energie, Telekommunikation etc.) erfordert nach Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung rund 500 Mia DM. Die DDR kann mit einer grosszügigen Hilfe der Bundesregierung rechnen. Im Vordergrund stehen Infrastrukturhilfen, die indirekt auch im Interesse der Bundesrepublik liegen. Das gilt für Umweltschutzinvestitionen in der DDR. Ganz unproblematisch sind die Hilfen selbst auf dem Gebiet des Umweltschutzes nicht, denn im zwischenstaatlichen Bereich sollte - nicht anders als im innerstaatlichen - prinzipiell das Verursacherprinzip gelten.

Die Bundesregierung will die Finanzhilfe an die DDR aus Haushaltsmitteln finanzieren. Sie lehnt die Verwendung von Bundesbankgewinnen für Projekte und Ausgabenprogramme in der DDR ab. Die Frage, in welchem Ausmass die Bundesrepublik der DDR finanzielle Unterstützung leisten kann, hängt auch vom politischen Status letzterer ab. In einem wiedervereinigten Deutschland erhielte die Aufgabe, den wirtschaftlichen Rückstand in der ehemaligen DDR abzubauen, einen völlig anderen Charakter.

Humanitäre und soziale Hilfen

Da die Mark der DDR im Prinzip nicht konvertibel ist, hat die Bundesregierung mit dem Devisenfonds dazu beigetragen, dass die DDR-Bürger ihre wiedergewonnene Reisefreiheit auch nutzen können. Die Ausstattung mit rund 3 Mia DM entspricht einem Betrag von 200 DM, den jeder DDR-Bürger im Tausch gegen Ost-Mark von 1 : 1 und 1 : 5 für jeweils 100 DM erhalten kann. Die Finanzierung übernimmt zu 3/4 die Bundesrepublik, zu 1/4 die DDR.

Der Devisenfonds bildet eine Uebergangslösung. Die Subventionierung von Konsumgüterkäufen der DDR kann nur eine Hilfe in der ersten Phase sein, in der die Reformen ihre Wirkung noch nicht gezeitigt haben. Ohnehin wird der Fonds entbehrlich, sobald die Währungsunion, in welcher Form auch immer, realisiert ist.

2.3. Wirtschafts- und Währungsunion

Die Frage einer baldigen Wirtschafts- und Währungsunion beider deutschen Staaten ist unter dem wachsenden politischen Druck des hohen Uebersiedlerstroms ins Zentrum der Ueberlegungen gerückt, wie man der DDR wirtschaftlich am besten helfen könnte.

Wenn von einer Währungsunion mit der DDR die Rede ist, muss zwischen zwei Modellen unterschieden werden :

Währungsverbund

Das erste Modell trägt den erheblichen ökonomischen Unterschieden zwischen der Bundesrepublik und der DDR Rechnung. Bei diesem Modell geht es zunächst darum, durch einen Prozess stufenweiser marktwirtschaftlicher Reformen einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit angenäherten Produktionsniveaus zu schaffen. Am Ende dieses Reformprozesses stünde eine konvertible DDR-Mark und ein fester Wechselkurs zwischen der D-Mark und der Ost-Mark als Grundlage für eine deutsch-deutsche Währungsunion.

Für dieses Modell haben sich die Sachverständigen ausgesprochen. Auch die Bundesbank gab ursprünglich diesem wirtschaftlich sinnvolleren und für die deutsche Stabilitätspolitik weniger risikoreichen Modell den Vorzug. Eine Währungsunion zu dekretieren, bevor die Reformen in der DDR wirklich gegriffen haben, hiesse den zweiten Schritt vor dem ersten tun.

Währungsunion

Um den Landsleuten in der DDR eine unmittelbare überzeugende Zukunftsperspektive zu eröffnen, hat der Bundeskanzler der Führung in Ost-Berlin angeboten, über die Einführung der D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR zu verhandeln. Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow betrauten eine gemeinsame Expertenkommission mit der Abklärung dieses Vorhabens. Die Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR hätte zur Folge, dass die Staatsbank in Ost-Berlin ihre währungspolitische Souveränität verlöre. Denn nur unter dieser Voraussetzung behielte die Bundesbank die Kontrolle über ihre Geldpolitik. Eine solche Währungsunion wäre nach Auffassung der Bundesregierung nur zu verantworten, wenn sie mit einer überzeugenden Befreiung marktwirtschaftlicher Kräfte in der DDR verbunden wäre. Es geht um die Zulassung von Privateigentum, freien Märkten, Gewerbefreiheit, ein leistungsorientiertes Steuersystem und die völlige Oeffnung der DDR für Investitionen von aussen.

Das Abkommen, mit dem eine Währungsunion aus der Taufe gehoben würde, müsste die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen schaffen, dass bundesdeutsche Gesetze wie das Bundesbankgesetz und das Kreditwesengesetz auch in der DDR Geltung hätten. Weiter müsste das Abkommen bestimmen, zu welchen Sätzen die DDR-Mark in D-Mark umgetauscht werden sollen. Ausserdem müsste der Zugang für Kreditnehmer in der DDR zum westdeutschen Kapitalmarkt begrenzt werden, um eine hemmungslose Kreditaufnahme zu verhindern.

Auch bei dieser Art von Währungsunion liessen sich Anpassungsprobleme nicht vermeiden. Die Unterschiede bei den Realeinkommen, die die Produktivitätsunterschiede widerspiegeln, lassen sich auch bei einer einheitlichen Währung nicht beseitigen. Wenn das Lohnniveau auf dasjenige in der Bundesrepublik angehoben würde, so verlöre ein grosser Teil der DDR-Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit. Schirmen sich die DDR-Unternehmen vom Lohnsog der Bundesrepublik ab, dann wandern die Arbeitskräfte ab. Die in einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum ausgeprägte Tendenz zu gleichem Lebensstandard wäre nur durch Transferzahlungen aus dem Bundeshaushalt möglich. Die DDR-Bevölkerung würde dann zu einem Volk von Sozialhilfeempfängern.

2.4. Die DDR auf dem Weg zur EG-Mitgliedschaft

Laut Delors stehen der DDR drei Wege zur Europäischen Gemeinschaft offen : die Assoziierung, die Mitgliedschaft als eigenständiger Staat oder die Zugehörigkeit zur EG im Rahmen der Entwicklung zur deutschen Einheit. Delors hat der DDR übrigens zugesichert, dass die bis 1993 verhängte Sperre für die Behandlung neuer Beitritts Gesuche in ihrem Fall nicht gelte.

Eine Mitgliedschaft der DDR als eigenständiger Staat hätte für die Bundesrepublik den Nachteil, dass sie die Zweistaatlichkeit verfestigen würde und damit dem Auftrag des Grundgesetzes, die deutsche Einheit wiederherzustellen, zuwiderliefe. Die gleiche Feststellung gilt auch für die Assoziierung, die als Vorstufe für einen späteren Beitritt gesehen werden muss. Eine Assoziierung hätte auch den Nachteil, dass die Bundesrepublik das im Protokoll über den innerdeutschen Handel aus dem Jahr 1957 vereinbarte Sonderverhältnis zur Disposition stellen müsste. Das innerdeutsche Verhältnis würde in der Assoziierung gewissermassen aufgehen. Der Vorteil einer Assoziierung läge einzig darin, dass sie alles offenliesse.

Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die beiden deutschen

Staaten der Wiedervereinigung zustreben, wird die DDR höchstwahrscheinlich im Zuge der deutschen Einheit Mitglied der EG werden. Wenn die ehemaligen Länder im Gebiet der DDR nach den Volkskammerwahlen ihre nie erloschenen Rechte wahrnehmen und gemäss Artikel 23 des Grundgesetzes den Antrag auf Beitritt zum Bundesgebiet stellen, würde die DDR als Teil Deutschlands Mitglied der EG.

2.5. Belastung der Wirtschaft und des Sozialsystems der Bundesrepublik durch die Aus- und Uebersiedler

Aufgrund der zusätzlichen Nachfrage nach Konsumgütern, Wohnungen und öffentlichen Leistungen und der dadurch ausgelösten Einkommens- und Nachfrageeffekte, insbesondere der höheren Investitionstätigkeit, ist (wie auch anhand von Modellrechnungen gezeigt wurde) anzunehmen, dass sich der Zustrom von Aus- und Uebersiedlern förderlich auf das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik auswirken wird.

Letztes Jahr jedenfalls hatte dieses ein lange nicht erreichtes Rekordniveau angenommen, wofür unter anderem der Zustrom von rund 380'000 Aussiedlern aus Osteuropa und rund 340'000 Uebersiedlern aus der DDR mitverantwortlich gemacht wurde. Dies bedeutet nun aber nicht, dass ein in diesem Jahr allenfalls bevorstehender noch grösserer Zusiedlerstrom die Wirtschaft wiederum in ähnlichem Ausmass oder gar noch stärker ankurbeln müsste.

Vielmehr wird erwartet, dass er sich vorwiegend in höherem nominalem Wachstum und nur zu einem geringeren Teil in zusätzlichem Realwachstum niederschlagen könnte. Entscheidend wird nämlich sein, wie weit die Produktion gesteigert werden kann, wie weit m.a.W. die Zuzüger dazu beitragen können, die erhöhte Nachfrage decken zu helfen.

In welchem Masse und wie schnell sie in den Produktionsprozess eingegliedert werden können, wird zum einen von der Grösse des Zuwandererstromes sowie dessen Alters- und Erwerbsstruktur, zum

ändern von der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängen.

Hier herrscht, trotz einer wenig veränderten hohen Zahl von Arbeitslosen, nach wie vor ein ausgeprägter, produktionslimitierender, Mangel (man spricht von 1 Mio unbesetzten Stellen) an qualifizierten Arbeitskräften, stehen Regionen mit Arbeitslosigkeit solchen mit Arbeitskräftemangel gegenüber. Der Ausgleich scheitert offenbar an den Diskrepanzen in der Qualifikationsstruktur von Angebot und Nachfrage sowie an der geringen geographischen Mobilität.

Hier konnten insbesondere die DDR-Uebersiedler letztes Jahr offensichtlich in die Lücke springen, weshalb sie vom Arbeitsmarkt teilweise förmlich "aufgesaugt" wurden. Mittlerweile scheinen aber neben den anfänglich überwiegenden jungen, qualifizierten Arbeitskräften zunehmend auch andere Bevölkerungsschichten zuzuwandern: Die Zahl jener, die weniger von den hohen Löhnen als vielmehr von den hohen Sozialleistungen angezogen werden, nimmt anscheinend zu.

Neben der veränderten Qualifikationsstruktur der Zuwanderer muss aber insbesondere aufgrund der ansteigenden Zahl damit gerechnet werden, dass sich die Integration in den Produktionsprozess dieses Jahr schwieriger gestalten wird.

Sollte sich der Trend des Monats Januar (rd. 55'000 Uebersiedler, rd. 30'000 Aussiedler) fortsetzen, so wären dieses Jahr ungefähr gleichviele Aus-, aber etwa doppelt so viele Uebersiedler wie letztes Jahr zu erwarten. Unter diesen Umständen - oder falls der Zustrom gar noch stärker anschwellen sollte - ist nicht damit zu rechnen, dass das zusätzliche Arbeitskräfteangebot vollständig absorbiert werden kann. Auch nicht, wenn in Rechnung gestellt wird, dass sich im Zuge einer weiterhin günstigen wirtschaftlichen Entwicklung die Beschäftigung weiter erhöhen wird (um vielleicht etwa 300'000 Arbeitsplätze).

Von der Grösse des Zuwandererstroms und seiner sozialen Struktur,

insbesondere dem Altersaufbau und davon, wie weit die Arbeitskräfte geeignete Arbeit finden, wird abhängen, in welchem Ausmass die Uebersiedler das Sozialsystem der Bundesrepublik belasten werden.

Grundsätzlich gilt, dass zusätzlichen Leistungsempfängern auch zusätzliche Beitragszahler gegenüber stehen werden. Das Verhältnis wird dabei für die einzelnen Teilbereiche, d.h. Kranken-, Arbeitslosen-, Rentenversicherung usw. unterschiedlich aussehen. Dazu, wie es sich im einzelnen darstellen wird, insbesondere, welche Leistungen in Anspruch genommen werden, lassen sich im Moment wenige vernünftige Annahmen treffen.

Immerhin wird erwartet, dass sich speziell für die Rentenversicherung keine oder nur geringe Finanzierungsprobleme stellen werden und dass sie im Gegenteil - solange sich die bisher günstige Alters- und Erwerbsstruktur nicht drastisch ändert - vom Zuzug der Uebersiedler in den nächsten Jahren sogar profitieren wird. Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so wird diese sicher, je nach dem, wieviele der Zuwanderer zunächst arbeitslos bleiben, zumindest kurz- bis mittelfristig mit hohen Defiziten rechnen müssen. Hinsichtlich der Krankenversicherung sind Voraussagen zur Zeit kaum möglich.

Die Bundesregierung bereitet zwar Massnahmen vor, um missbräuchliche Ausnutzungen des Sozialsystems (sie sollen vor allem bei der Krankenversorgung vorkommen) zu verhindern, sie plant im übrigen aber nicht, die Leistungsansprüche der DDR-Uebersiedler zu beschränken, zumindest nicht, solange der Zustrom nicht dramatische Ausmasse annimmt.

Zum einen würden die Probleme teilweise nur verlagert, indem die Eingliederung der Uebersiedler erschwert oder Belastungen etwa von der Rentenversicherung zur Sozialhilfe umverteilt würden. Zum anderen ist wenig wahrscheinlich, dass der Anreiz zur Uebersiedlung entscheidend abgebaut würde. Er wird, so weit das Gefälle bei den Sozialleistungen eine Rolle spielt, wohl erst verschwin-

den, wenn jene in der DDR steigen. Dazu werden Transferzahlungen kaum zu umgehen sein, die dann gegen die vermiedenen höheren Belastungen des Sozialsystems der Bundesrepublik aufzurechnen wären.

Im übrigen wird die Abwanderung aber letztlich nur aufhören, wenn die Löhne oder zumindest die Lohnerwartung in der DDR einen Umzug in die Bundesrepublik unattraktiv machen. Dabei ist daran zu denken, dass das bestehende Lohngefälle im wesentlichen Ausdruck des Unterschieds in der Produktivität ist. So lange diese in der Bundesrepublik höher liegt als in der DDR (zur Zeit um einen Faktor 2 bei der Industrieproduktion) entspricht ein - erfolgreicher - Einsatz von Arbeitskräften aus der DDR an Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik rein volkswirtschaftlich betrachtet einer effizienten Faktorallokation : Das Sozialprodukt der Bundesrepublik sollte dabei a priori stärker steigen, als jenes der DDR sinkt. In dieser Optik ist das Uebersiedlerproblem ein Problem der Ausgleichszahlungen und Umverteilungen, sowohl zwischen der Bundesrepublik und der DDR als auch in der Bundesrepublik selbst.

2.6. Die wirtschaftliche Potenz eines wiedervereinigten Deutschlands

Die im Ausland verbreitete Ansicht, mit der Vereinigung Deutschlands werde ein Wirtschaftskoloss geschaffen, muss aufgrund der Fakten relativiert werden. Die DDR zählt heute weniger Menschen als Nordrhein-Westfalen. Sie erwirtschaftet ein Bruttosozialprodukt, das nur wenig grösser ist als das von Hessen. Das Pro-Kopf-Einkommen der DDR liegt unter dem Spaniens, die Arbeitsproduktivität beträgt etwa vierzig Prozent jener in der Bundesrepublik.

Das Bruttosozialprodukt eines vereinigten Deutschlands wäre damit zunächst nur etwa ein Zehntel höher als das der Bundesrepublik allein. Auf der Basis von 1989 würde es von knapp DM 2,3 Billionen auf DM 2,5 Billionen steigen. Es wäre dann halb so gross wie das japanische und etwa ebenso gross wie das von Frankreich und den Beneluxstaaten. Pro Kopf würde das Bruttosozialprodukt in

einem vereinigten Deutschland vorübergehend auf etwa neunzig Prozent des heute in der Bundesrepublik erwirtschafteten zurückgehen und damit knapp unter dem derzeit französischen liegen.

Selbst wenn der heutige Wirtschaftsraum der DDR durch einen Zusammenschluss mit der Bundesrepublik rasch an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gewinnen sollte, dürfte bei der wirtschaftlichen Potenz kein Quantensprung zu verzeichnen sein. Eine DDR auf dem Produktivitätsniveau der Bundesrepublik könnte nämlich bestenfalls die Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens erlangen. Ein vereinigtes Deutschland wäre somit nicht grösser als die Bundesrepublik zuzüglich Nordrhein-Westfalens.

Dabei steht keineswegs fest, dass ein solcher Zuwachs auch stattfinden würde. Die heutige DDR ist nämlich in weiten Teilen wirtschaftlich viel ungünstiger strukturiert als das Vergleichsland Nordrhein-Westfalen. Nach Auffassung der wirtschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik dürfte selbst bei Ausschöpfung aller Potentiale bestenfalls der Süden, d.h. Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, auf lange Zeit eine Chance haben, das Produktivitätsniveau der Bundesrepublik zu erreichen. Der Norden der DDR mit den ehemaligen Ländern Mecklenburg und Brandenburg dürfte hingegen - wenn überhaupt - erst in Jahrzehnten Anschluss an die wirtschaftliche Dynamik des übrigen Deutschlands finden. Wie lange der Aufholprozess strukturschwacher Regionen dauern kann, zeigt sich am Beispiel von Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Dass die DDR in absehbarer Zeit ein Wirtschaftsvolumen wie Nordrhein-Westfalen erlangen könnte, ist daher wenig wahrscheinlich.

Bei nüchterner Betrachtung entpuppt sich ein künftig vereinigtes Deutschland nicht als ein enormer Wirtschaftskoloss, sondern als ein auch nach europäischen Dimensionen nur mittelgrosses Land, dessen Bevölkerung im übrigen aufgrund der heutigen demographischen Entwicklung zahlenmässig abnehmen dürfte.

2.7 Die Schweiz und ein wiedervereinigtes Deutschland

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Konsequenzen, die von einem wiedervereinigten Deutschland auf die Schweiz ausgehen, muss je nach zeitlicher Perspektive unterschieden werden. Kurzfristig bringt die forcierte wirtschaftliche Annäherung der beiden Staaten Risiken, die wohl auch die Schweiz nicht unberührt lassen.

Der Vorschlag des Bundeskanzlers, der DDR eine Währungsunion anzubieten, hat nicht nur die DM-Kapitalmärkte, sondern den gesamten Euromarkt erschüttert. Dass sich die Bundesbank aufgrund politischer Ueberlegungen in ein währungspolitisches Abenteuer einlassen muss und sie dadurch ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe nicht genügend nachkommen könnte, hat die Märkte stark beunruhigt. Die mit einer Währungsunion verknüpften Transferzahlungen sowie der Umtausch der "Zwangs"-Giro Guthaben werden sich stark expansiv auf die Nachfrage auswirken. Wenn der Umtauschkurs zu grosszügig festgesetzt wird, so ist mit einer inflationär wirkenden Erhöhung der Geldmenge zu rechnen. Die Bundesbank müsste eine restriktive Geldpolitik mit den entsprechenden Zinseffekten betreiben. Die Schweiz wird sich von der Zinsentwicklung in Deutschland wohl kaum abschotten können. Höhere Zinsen in Deutschland würden den Kapitalabfluss aus der Schweiz beschleunigen, wenn die Nationalbank ihrerseits die Geldpolitik nicht restriktiver gestalten sollte.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits heute der wichtigste Wirtschafts- und Handelspartner der Schweiz. Rund 33 Prozent unserer Einfuhren und 20 Prozent unserer Ausfuhren stammen aus der bzw. gehen in die Bundesrepublik. Ein wiedervereinigtes Deutschland würde sehr wahrscheinlich eine noch grössere Bedeutung als Wirtschaftspartner erlangen. Daraus resultieren Abhängigkeiten, die nicht unproblematisch sind.

Beilage 1

Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für die DDR1. Beschlossene MaßnahmenKooperationsabkommen

Abschluß eines Kooperationsabkommens zur Förderung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit.

Bildung von gemeinsamen Fachkommissionen

Neubildung von Fachgruppen in folgenden Bereichen:

- wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit (Gemeinsame Wirtschaftskommission)
- Normen, Patente und gewerblicher Rechtsschutz
- Energie
- Tourismus
- ungeklärte Vermögensfragen
- Postwesen und Telekommunikation
- Verkehrswegeplanung
- Städtebau
- regionale Zusammenarbeit
- kulturelle Zusammenarbeit
- Rechtshilfe
- Rundfunk, Fernsehen, Presse
- Umweltschutz
- Kernenergienutzung

Die meisten Arbeitsgruppen haben im Januar 1990 ihre Gespräche aufgenommen. Bereits bestehende Kommissionen (Gesundheitswesen, Verkehr und Transitverkehr, Wissenschaft und Technik) bleiben erhalten.

Errichtung eines Devisenfonds

Seit dem 1.1.1990 können DDR-Bürger einmal jährlich 200 DM (Kinder unter 14 Jahre: 100 DM) im Austausch gegen DDR-Mark erwerben. Der Umtauschkurs wird auf 1:1 für die ersten 100 DM (Kinder: 50 DM) und 1:5 für den restlichen Betrag festgelegt. Die erforderlichen DM-Beträge werden von der Bundesrepublik (2,15 Mrd DM) und der DDR (0,75 Mrd DM) bereitgestellt. Das Begrüßungsgeld wird gestrichen.

Die Gegenmittel des Fonds sollen durch die Bundesregierung und die Regierung der DDR gemeinsam zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen in der DDR verwendet werden.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Die Bundesbank gibt bekannt, daß sie Anträgen auf die Eröffnung von Repräsentanzen westdeutscher Banken und Firmen in der DDR grundsätzlich zustimmen werde.

Finanzhilfen, BürgschaftenBund

- Aufstockung des ERP-Sondervermögens aus Mitteln des Bundeshaushalts um 2 Mrd DM zur Förderung von Investitionen in der DDR. Mit ergänzenden Kreditaufnahmen können damit insgesamt bis zu 6 Mrd DM an zinsgünstigen Krediten bereitgestellt werden. Gefördert werden Existenzgründungen in der DDR, Investitionen in den Umweltschutz, in die Modernisierung von Anlagen sowie im Bereich des Tourismus.
- Erhöhung des Bürgschaftsrahmens der Treuarbeit für Lieferungen in die DDR um 1,5 Mrd DM auf 6 Mrd DM.
- Berücksichtigung von Zulieferungen von DDR-Firmen bei Exporten westdeutscher Unternehmen in Höhe von 30 vH in Hermes-Bürgschaften.
- Sonstige Hilfen: medizinische und technische Soforthilfe; Förderung von Beratungseinrichtungen, Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung von Unternehmern aus der DDR, Förderung von Technologietransfers, Tourismusförderung.

Länder

- Hessen beschließt ein "Aktionsprogramm Hessen-Thüringen". Damit werden in den nächsten 5 Jahren insgesamt 250 Mio DM für Verbesserungen im Gesundheitswesen, im Umweltschutz und in der Denkmalpflege sowie für den Ausbau der Verkehrswege in Thüringen bereitgestellt.

Verkehrswesen

In den Jahren 1990 und 1991 wird bei der Abrechnung der gegenseitig erbrachten Leistungen im Eisenbahnpersonenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR der Betrag des Minussaldos der Deutschen Reichsbahn, der 35 Mio VE pro Jahr übersteigt, zu 75 vH von der Deutschen Bundesbahn übernommen.

Im Rahmen der Soforthilfe der Bundesländer werden im Zonenrandgebiet Verkehrswege zu den neu eingerichteten Grenzübergangsstellen angelegt bzw. ausgebaut.

Für den Bau einer Schnellbahnverbindung Berlin-Hannover (Nordtrasse) sollen in den nächsten Jahren Mittel bereitgestellt werden.

Umweltschutz

Bereitstellung von 300 Mio DM in den nächsten 5 Jahren für bereits vereinbarte Pilotprojekte im Umweltschutz (6 Projekte).

Außenhandel

Verzicht auf noch bestehende Kontingente im innerdeutschen Handel (Textilien, Holz- und Porzellanwaren).

Post- und Fernmeldewesen

Die Postpauschale wird um 100 Mio DM auf 300 Mio DM erhöht; die Mittel sind zum Ausbau der Post- und Fernmeldeinfrastruktur der DDR zu verwenden.

Die Deutsche Bundespost stellt der Deutschen Post analoge Ortsvermittlungseinrichtungen zur Verbesserung der Anschlußsituation in Schwerpunktortsnetzen der DDR sowie weitere technische Einrichtungen zur Verfügung.

2. Angekündigte und geplante Maßnahmen

Verkehrswesen

- Elektrifizierung der DDR-Reichsbahnstrecken
- Ausbau der Autobahnstrecken Hof-Plauen, Herleshausen-Eisenach

Soziale Leistungen

Beratungen über eine Anpassung des Gesundheitsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR (Regelung der gegenseitigen Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen; Frage von Ausgleichszahlungen).

Umweltschutz

- Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung weiterer Pilotprojekte im Umweltschutz
- Aufstockung der Mittel für die Werra-Entsalzung
- Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Städtebau

Zusammenarbeit im Städtebau und in der Wohnungswirtschaft:
Stadt- und Dorferneuerung; Sanierung der vorhandenen Bausubstanz; hierzu sollen Mittel aus dem Devisenfonds verwendet werden.

Fernmeldewesen

- Verhandlungen über eine Modernisierung des DDR-Telefonnetzes
- Bereitstellung zusätzlicher Fernsprechleitungen als Teilverbesserung des gegenseitigen Fernsprechverkehrs. Ausbau des Fernmeldetransitverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin.

Finanzhilfen der Länder

- Niedersachsen: In den nächsten 5 Jahren sollen etwa 300 Mio DM für die Verbesserung der Infrastruktur in der DDR bereitgestellt werden. Nochmals 300 Mio DM sollen als Kreditrahmen für westliche Investitionen in der DDR zur Verfügung gestellt werden, sobald private Investitionen in der DDR möglich sind.
Die Landesregierung beschließt ein Kooperationsberatungsprogramm.
- Nordrhein-Westfalen: Bereitstellung von 20 Mio DM im Wege der Direkthilfe; Einrichtung eines Bürgschaftsrahmens in Höhe von 1 Mrd DM.
- Hessen: Bildung eines Bürgschaftsrahmens von 500 Mio DM für die Zusammenarbeit hessischer Firmen mit kleinen und mittleren Betrieben in Thüringen und in Polen.
- Rheinland-Pfalz: Bereitstellung von 50 Mio DM in den nächsten 3 Jahren.
- Sämtliche Bundesländer stellen Überlegungen an, wie von ihrer Seite aus der DDR geholfen werden kann; im allgemeinen handelt es sich dabei um Maßnahmen der Soforthilfe (medizinische Leistungen u.ä.) sowie Beratung bei geplanten Kooperationen zwischen Unternehmen.

EG-Hilfsmaßnahmen

- Gründung einer "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" in Trägerschaft der EG; Eigenkapital 10 Mrd ECU
- Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen.

3. Energie und Umwelt

3.1. Ausgangslage in der DDR

Die Wirtschaft der DDR arbeitet nicht nur mit einem veralteten Kapitalstock, was zur Folge hat, dass weniger moderne Technologien und weniger effiziente Produktionsverfahren eingesetzt werden, sie hat auch den Strukturwandel kaum mitgemacht, der sich in westlichen Industrieländern vollzogen hat. Im Gegenteil wurden aufgrund der staatlichen Investitionspolitik Bereiche gefördert, die andernorts zurückgedrängt wurden, speziell die Grundstoffproduktion.

Zusammen mit fehlenden oder veralteten Infrastruktureinrichtungen und der Vernachlässigung der Bausubstanz führen die genannten Faktoren zum einen dazu, dass die DDR im Verhältnis zum Sozialprodukt sehr viel mehr Energie als die Bundesrepublik verbraucht. Trotz tieferem Lebensstandard liegt der Energieverbrauch pro Kopf sogar höher.

Zum andern sind sie dafür verantwortlich, dass die Umweltbelastungen sehr hoch sind. Dies insbesondere auch deshalb, weil diese vor allem bei der Energieerzeugung und -nutzung anfallen. Trotz einer umfangreichen Umweltgesetzgebung sind umweltpolitische Belange in der zentralen Planwirtschaft faktisch kaum zur Geltung gekommen, sodass die Lebensqualität in weiten Teilen der DDR merklich beeinträchtigt ist.

3.2. Umweltsituation und Auswirkungen auf die Bundesrepublik

Während die Schadstoffbelastung des Bodens, die zwar lokal - etwa im Raum Bitterfeld - drastische Ausmasse annimmt, die Bundesrepublik direkt (noch) wenig berührt, hat jene des Wassers und vor allem der Luft auch erhebliche grenzüberschreitende Wirkung. So sind, was ersteres Umweltmedium anbelangt, nicht nur die meisten

DDR-Gewässer ökologisch tot, die Flüsse leiten auch grosse Schadstofffrachten - teils über das Gebiet der Bundesrepublik - in die Nord- und Ostsee.

Besonders betroffen werden die Anrainerstaaten von der Emission von Schadstoffen, insbesondere Schwefeldioxid, in die Luft. Allerdings wirkt sich diese, wie auch die hohe Luftbelastung durch Stäube, zunächst vor allem lokal aus, und führt in den betroffenen Regionen zu akuter Gesundheitsgefährdung.

Dass die DDR hinsichtlich des Schwefeldioxidausstosses in Europa hinter der UdSSR den zweiten Platz einnimmt und mit rd 5 Mio. t/Jahr die Bundesrepublik um mehr als das doppelte übertrifft, liegt vor allem am - rein wirtschaftlich gesehen - viel zu hohen, aus Devisenspar- und Autarkiegründen hochgetriebenen Anteil der Braunkohle als Primärenergiequelle. Gemäss der eingangs erwähnten Faktoren wird sie sowohl direkt (Hausfeuerungen) als auch vor allem bei der Stromerzeugung ineffizient und mit unzureichenden Filteranlagen eingesetzt.

Ebenfalls mit der Energieerzeugung verbunden ist die, wenn auch "nur" potentielle Gefährdung, die von den vier Reaktorblöcken sowjetischer Herstellung im Kernkraftwerkkombinat bei Greifswald ausgehen könnte. Einmal abgesehen von allfälligen direkten Auswirkungen wäre ein grösserer Störfall zudem (selbst wenn er keine wesentlichen Schäden verursachte) mit erheblichen energiepolitischen Konsequenzen für die Bundesrepublik - und nicht nur diese - verbunden.

3.3. Möglichkeit einer Sanierung

Die Energie- und Umweltsituation wird sich in dem Masse jener einer modernen westeuropäischen Volkswirtschaft anpassen, wie im Zuge einer gesamtwirtschaftlichen Erneuerung die eingangs erwähnten Bestimmungsfaktoren für die jetzigen Verhältnisse entfallen.

Letzten Endes handelt es sich hierbei, was die Schaffung neuer oder die Sanierung bestehender Produktionsanlagen und deren - durch geeignete Umweltgesetze sicherzustellende - Ausrüstung mit modernen Rückhaltetechniken sowie die Erstellung der nötigen Infrastruktur oder die Sanierung der Bausubstanz betrifft, im wesentlichen um ein Finanzierungsproblem.

Dies gilt insbesondere für die nötige Umstrukturierung der Energiewirtschaft, deren einseitige Ausrichtung auf die Braunkohle sowohl aus rein wirtschaftlichen als auch Umweltschutzgründen durch Umstellung auf andere Primärenergieträger geändert werden muss. Dabei müssen, was speziell die Stromerzeugung angeht, nicht nur die bestehenden Kraftwerke umgebaut oder ersetzt werden, es werden auch zusätzlich neue Kraftwerkskapazitäten erstellt werden müssen.

Die mit einem wirtschaftlichen Aufschwung verbundene Zunahme der Energienachfrage wird nämlich zwar weitgehend durch eine verbesserte Effizienz bei der Energienutzung aufzufangen sein, doch wird der Strukturwandel der Wirtschaft einen Mehrbedarf an höherwertiger Energie, d.h. Elektrizität, nach sich ziehen. Es wird angenommen, dass bis zum Jahre 2000 eine zusätzliche Kraftwerkskapazität von 8000 MW entsprechend zum Beispiel der Leistung von sechs grossen westlichen Reaktorblöcken vorhanden sein muss.

Kurzfristig ist die Umweltsituation bestenfalls punktuell zu verbessern, wobei man sich auf die schlimmsten Schadstoffquellen konzentrieren wird. Einige Produktionsanlagen wären wohl stillzulegen und die Produktionsausfälle allenfalls durch Importe zu decken. Dies dürfte auch für einen oder mehrere der obenerwähnten Reaktorblöcke in Greifswald gelten

Ausfälle bei der Strom- (sowie der damit verbundenen Fernwärme-) produktion zu kompensieren stösst allerdings auf technische Probleme, insbesondere deshalb, weil die Netze im RGW-Stromverbund, dem die DDR angehört, nicht mit jenen des westeuropäischen Stromverbunds kompatibel sind, dann aber auch, weil zuwenig grenzüber-

schreitende Hochspannungsleitungen vorhanden sind.

Mittelfristig liesse sich dieses Hindernis durch Bau von Kopplungsstationen überwinden. Die deutsche Stromwirtschaft drängt aber anscheinend darauf, dass die DDR aus dem RGW-Stromverbund ausgekoppelt wird. Dabei müssten aber die Verbindungen nach Polen und der Tschechoslowakei unterbrochen werden, es sei denn, auch diese Staaten wollten sich - mit entsprechenden strategisch-politischen Implikationen - dem westeuropäischen Stromverbund anschliessen. Zur Substitution von DDR-Kraftwerkskapazitäten bietet sich im übrigen auch noch der Verzicht auf die Produktion energieintensiver Güter und Kompensation durch Importe an.

3.4. Politik der Bundesregierung

Entsprechend der besonderen Bedeutung, die einer Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes im "Zehn-Punkte-Programm" Kohls zugemessen wird, wurden zusätzlich zu sechs bereits letzten Sommer vereinbarten Demonstrations- und Pilotprojekten eine ganze Reihe weiterer ausgearbeitet oder an die Hand genommen. Die meisten betreffen Reinigungsanlagen für (kommunale oder industrielle) Abwässer sowie Rauchgase, bei anderen werden umweltfreundlichere Produktionsprozesse eingeführt. Dafür stehen im Nachtragshaushalt 1990 100 Mio DM, bis 1993 insgesamt 900 Mio DM bereit.

Des weiteren wird die Bundesrepublik mit der DDR bei der Erhebung und Auswertung von Umweltdaten zusammenarbeiten und diese austauschen.

Schliesslich wird auch gemeinsam daran gearbeitet, die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen anzugleichen, da sichergestellt werden soll, dass sich Investoren in der DDR ähnlichen Anflagen ("Umweltdumping") wie in der Bundesrepublik gegenüber sehen werden. In der Praxis läuft dies offenbar darauf hinaus, dass im wesentlichen die Umweltgesetzgebung der Bundes-

republik übernommen wird.

Um die Umweltschutzzusammenarbeit auszubauen, einen gemeinsamen ökologischen Handlungsplan zu entwickeln und konkrete Massnahmen auszuarbeiten, wird eine gemeinsame Umweltkommission gebildet. Diese wird nach den Wahlen in der DDR zu arbeiten beginnen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass letztthin nach dem Vorbild der Rheinschutzkommission die Bildung einer tri-lateralen (d.h. unter Beteiligung der Tschechoslowakei) Elbekommission beschlossen wurde.

Der Zusammenarbeit bei Umweltschutzmassnahmen, die im wesentlichen in der DDR zu treffen sind, treten auch "Hausaufgaben" zur Seite, die in der Bundesrepublik gelöst werden müssen. Das betrifft insbesondere die Abfallwirtschaft. Zwar steht die DDR zu ihren Verträgen über die Abnahme von Abfällen, doch ist klar, dass ihre Verbringung in die DDR auf die Dauer nicht tragbar ist. Die Bundesländer, in deren Kompetenz dieser Bereich fällt, werden andere Lösungen finden müssen.

Dies entspricht auch dem Verursacherprinzip, das, wie die Bundesregierung betont, wie in andern Ländern auch in der DDR Grundlage des Umweltschutzes sein muss. Was letzten Endes - dies auch die Ansicht im BMU - bedeutet, dass die Mittel zur Sanierung der Umwelt der DDR im wesentlichen dort erarbeitet werden müssen.

3.5. Rückwirkungen auf die Umweltpolitik der Bundesrepublik

Durch ausführliche Berichte in den Medien, die wie von Gewährsleuten in den hiesigen Fachreferaten bestätigt wird, die Wirklichkeit offenbar im wesentlichen korrekt wiedergeben, ist die desolate Umweltsituation in der DDR einer breiten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik vor Augen geführt worden. Der Vergleich mit der Situation in der Bundesrepublik hat anscheinend zum Teil das Bewusstsein dafür geweckt, wie fortschrittlich man doch hierzulande sei. Womöglich wird dadurch der politische Druck auf eine

Verschärfung der Umweltgesetzgebung für einige Zeit abnehmen, zumindest bis zur nächsten "Umwelthysteriewelle".

Immerhin überlegt man sich auch in der Verwaltung und unter Bundestagsabgeordneten, wieviel Sinn es mache, mit immer grösserem Aufwand auch noch die letzten Schadstoffe zurückzuhalten, wenn zum Beispiel die Elbe jeden Tag mehr Quecksilber transportiert als der Rhein in einem Jahr.

Die deshalb in die Diskussion geworfene und auch von einigen Verwaltungsstellen verfolgte Idee von Kompensationslösungen wird aber anscheinend kaum mehr verfolgt. Zum einen sind diese prinzipiell fragwürdig, wenn sie grossräumig für Emissionen mit Nachbarschaftseffekten angewendet werden, zum andern fürchtet man die aussen- und insbesondere europapolitischen Implikationen. Die EG-Partnerstaaten könnten nämlich veranlasst werden, die von der Bundesrepublik immer vehement bekämpfte Anwendung des Kompensationsprinzips für das Gebiet der EG wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

4. Kultur

Die "Kulturnation Deutschland" hat sich als stärker erwiesen; die offizielle DDR anerkennt die Tatsache, dass ihr Versuch einer partikulären Kulturentwicklung gescheitert ist. Nicht nur deswegen herrscht bei den Kulturträgern im anderen deutschen Staat Katzenjammer, sondern auch, weil die bisherigen offiziellen Promotoren sich und damit den Kulturbetrieb als Ganzes disqualifiziert haben, weil die Kultur ihre Stellung als Forum der Kritik eingebüsst hat, weil der Kulturbetrieb sich der bisherigen finanziellen Absicherung durch den zentralistisch planenden Staat beraubt sieht. Künstler und Wissenschaftler aus der DDR attestieren dem eigenen Kultur- und Bildungsbereich wenig Resistenz gegenüber der wachsenden Beeinflussung aus der BRD.

Kulturabkommen und die darauf aufbauenden Arbeitsprogramme (ab 1986) waren die Basis für die offiziellen Kulturbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. In ihnen sahen die verantwortlichen Stellen in Bonn (Bundeskanzleramt und Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Kultusministerkonferenz) ähnlich wie in den Abkommen mit anderen osteuropäischen Staaten ein Mittel, Kontakte voranzutreiben. Die Vorreiteraufgabe hat die Kultur angesichts der rasanten Oeffnung in allen Bereichen eingebüsst : Auf allen Ebenen sind bundesdeutsche Stellen (Bundesländer, Kommunen, Dachverbände, Stiftungen, Universitäten usw.) in der DDR-Kulturlandschaft selbst aktiv geworden und stellen angesichts der dortigen Instabilität eine hohe Aufnahmebereitschaft fest. Auf Bundesebene (wenn auch kaum über Bundesministerien sondern über die Kultusministerkonferenz der Länder) dürfte in nächster Zukunft hoher Handlungs- und damit Finanzierungsbedarf entstehen durch notwendige umfassende Unterstützungsmaßnahmen auf dem Bildungs- und Erziehungssektor (Unterrichtsmaterialien, Bücher, Lehrer).

Trotzdem ist die Initiative bei der Unterstützung der Ausformung neuer kultureller Strukturen in der DDR, beim kulturellen Dialog überhaupt von der bundesstaatlichen auf andere Ebenen übergegangen

gen, zumal übergreifende Konzepte seitens der Bundesregierung fehlen. Ob die Zeit und das gegenwärtig geringe Interesse für kulturelle Fragen in der DDR ausreichen, um neue Strukturen kurzfristig aufzubauen, ist fraglich. Alle Absender kultureller Initiativen hierzulande weisen zwar kulturkolonialisatorische Attitüden gegenüber der DDR von sich (die Notwendigkeit von eigenen "Perspektiven" auch im kulturellen Bereich - zur Vermeidung weiterer Abwanderungen - wird oft unterstrichen). Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass (nicht zuletzt auch wegen der mit kulturellem Schaffen verbundenen wirtschaftlichen Komponente, welche sich rasch in Richtung einer zu verwirklichenden Chancengleichheit entwickeln muss) von einer Prägung der DDR-Kulturlandschaft durch die Uebernahme von bundesrepublikanischen Strukturen ausgegangen wird.

Der dezentralisierte und föderalistische Aufbau der bundesdeutschen Kulturlandschaft selbst wird eine allzu direkte und einheitliche Anpassung des DDR-Kulturlebens verhindern. Eine generelle Antwort auf die angesprochene Frage, ob sich in der DDR eigene Strukturen vor einem Zusammenschluss noch entwickeln können, ist nicht möglich. Z.B. haben Verbände, nachdem die früheren Zusammenschlüsse durch die Nähe zum Regime kompromittiert waren, nur mittels drastischer Neubesetzungen noch eine Chance. In einzelnen Fällen ist dies denkbar, bei anderen kann vermutet werden, dass der Einigungssog rasch dazu führt, dass bundesdeutsche Zusammenschlüsse und Gremien auch auf jetzigem DDR-Gebiet von den direkt Betroffenen akzeptiert werden.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die (gemeinsame) Kultur im Einigungsprozess nicht - wie das eigentlich logisch gewesen wäre, eine wichtige Rolle gespielt hat; die Prioritäten liegen vorderhand eher anderswo.